

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jakob, St. Michael, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Stuhlschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

55. Jahrgang.

Nr. 11.

Verkaufspreis: Nr. 7.

Sonnabend, den 14. Januar

Telegramm-Adresse: 1905.  
Tageblatt.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) nachmittags für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mt. 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Zwidauerstraße 397, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. Inserate werden die fünfspaltige Grundzeile mit 10, für auswärtige Inserenten mit 15 Pfennigen berechnet. Im amtlichen Teil kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfennige. — Inseraten-Aufnahme täglich bis spätestens vormittags 10 Uhr.

**Freibank.** Heute Sonnabend, d. 14. Jan., von früh 8 Uhr ab  
**Fleischverkauf**  
(frisches Rindfleisch) à Pfd. 40 Pfg., Flecke 15 Pfg.

**Kuh- u. Brennholz-Auktion**  
auf Oberwaldenburger Revier.

Es sollen am

Freitag, den 20. Januar d. J.,

von vormittags 1/2 10 Uhr an

im Hotel zu den 3 Schwänen in Hohenstein-Ernstthal

442 R.-Stämme	10/15 cm	Wienst.,
99 "	16/22 "	"
23 "	23/43 "	"
15 bi. Klöber	16/29 "	Oberst.,
66 R.	10/22 "	"
2420 R.-Stangen	2/4 "	Unterst.,
2350 "	5/9 "	"
650 "	10/15 "	"
7 Am. R.-Brennscheite,		64 Am. L. und R.-Brennrollen,
ca. 600 Am. R.-Schneidkreisig,		3 " Fichten-Keste,
11,22 Wdhdt. Besenreisig,		21,00 Wdhdt. L. u. 32,00 Wdhdt. R.-Reisig

aufbereitet in den Abteilungen 2-58 versteigert werden.  
Kärftliche Forstverwaltung Oberwaldenburg.

**Stimmungsbild aus dem Reichstage.**

nh. Berlin, 12. Januar.

Nachdruck verboten.)

Western Königberg, heute Oldenburg! Man konnte es sich ja schon vorher denken, daß jenes Lohwobohu von Prozessen, in deren Mittelpunkt der wenig beneidenswerte oldenburgische Justizminister Ruchstatter gestanden hat und noch steht, heute in aller Breite erörtert werden würde. Das war denn auch der Fall, und namentlich war es der sozialistische Abg. Stadthagen, der alle Einzelheiten unter die kritische Lupe nahm und an den oldenburgischen Gerichten kein gutes Haar ließ. In diesem Falle bekam der Staatssekretär Nieberding, auf dessen geduldiges Haupt die Anklagen nur so niederprasselten, zu seiner sichtbaren Genugtuung Hilfe und Unterstützung, und zwar sowohl vom Bundesratsstische, als auch aus der Mitte des Hauses. Der oldenburgische Bevollmächtigte Buchholz verteidigte die oldenburgischen Vorgänge nach allen Richtungen und bezeichnete die Prozesse als einen Erfolg für den Minister, eine Behauptung, die auf der Linken ein ironisches Gelächter auslöste. Aber ein oldenburgischer Volksvertreter sprang seinem Landsmann tapfer zur Seite, nämlich der den katholischen Süden des Großherzogtums vertretende Abg. Burlage (3), seines Reichens ein Richter. Er fand alles gut und schön, glaubte aber allerdings, daß das Reichsgericht das letzte Urteil aus formalen Gründen aufheben würde, sodaß uns also eine neue Auflage dieses unheimlichen Standalprozesses bevorzustehen scheint.

Aber auch an vielen anderen Dingen auf dem Gebiete der Justizverwaltung wurde von einer Anzahl von Rednern starke Kritik geübt, worauf Staatssekretär Nieberding zumeist die übliche wohlwollende Erwägung zusagte. So ging Dr. Ablaß (fr. Vpt.) scharf mit jenen Schwurgerichtsvorsitzenden ins Gericht, die herabwürdigende Kritiken an Geschworenurteilen geübt hatten, ein Vorgehen, das auch der Staatssekretär entschieden mißbilligte. Der Prozeß gegen die Engelmacherin Wiese in Hamburg gab demselben Abg. Veranlassung, eine strengere Ueberwachung der Erziehung unehel. Kinder unter mitgehender Heranziehung der Frauenhilfe zu fordern. Abg. Hiener (bayr. Vb.) brachte eine Lanze für die alte Forderung der Verufung gegen Strafkammerurteile. Der Abg. Rämpf (fr. Vp.) brachte die unheimlichen Zustände auf dem Gebiete des Wesselsprotestes zur Sprache und forderte die Beurkundung der Prozesse durch die Postbeamten, ein Vorschlag, über den Staatssekretär Nieberding mit der Reichsbank und der Postverwaltung bereits in Verhandlung steht. Die Abg. Dove (fr. Vag.) und Stadthagen (soz.) verbreiteten sich über den Zeugnisswahn der Redakteure, den sie scharf verurteilten und wobei ihnen die neuesten Fälle auf diesem Gebiete, namentlich das Verfahren gegen den Redakteur Stärke von der Lippschen Landeszeitung in Detmold, eine willkommene Handhabe boten. Diese Abg. brachten noch eine große Zahl von Wünschen und Beschwerden vor, die hier gar nicht alle aufgeführt werden können, da namentlich

Stadthagen unermüdblich war in der stundenlangen Aufzählung und Erörterung von Urteilen, die ihm nicht gefallen haben. Aufmerksamkeit fand er nur bei Erörterung des Falles Hassener, für den aber Herr Nieberding die Verantwortung ablehnen konnte, da hier die Militär-Justiz-Verwaltung in Betracht kommt. Herr Dove wünscht noch eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzuges, eine Aenderung des § 106 des Strafgesetzbuches, betr. die Gotteslästerung, und eine Abänderung der Konkursordnung in der Richtung, daß eine Einigung mit den Gläubigern ohne Eröffnung des Konkursverfahrens erleichtert wird, während Abg. Werner (Ref. P.) im Gegenteile eine Verschärfung der Konkursordnung wünscht. Der Staatssekretär zog sich gegenüber dem riesigen Wunschzettel, der ihm heute präsentiert wurde, auf den formellen Standpunkt zurück, daß keine Abänderungsgesetze auf diesem Gebiete unzulässig seien und daß man mit der Erfüllung dieser Wünsche bis zur Ausarbeitung größerer Reformentwürfe warten müsse.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

\* Der Kaiser hat das Abschiedsgesuch des kommandierenden Generals des 1. Armeekorps v. d. Solz in gnädigster Form abgelehnt.

\* Die Großherzogin von Weimar erkrankte vor einigen Tagen an Influenza. Der Zustand hat sich infolgedessen verschlimmert, als sich eine bisher leicht verlaufende Lungen- und Rippenfell-Entzündung hinzugesellte. Auch der Großherzog ist erkrankt.

\* General Trotha berichtet aus Südwestafrika über drei neue erfolgreiche Gesefchte gegen die Witbois in der Nähe von Gochas. Der Feind ist nach Osten, der englischen Grenze zu, geflohen.

\* In der Budgetkommission des Reichstages, die gestern zum ersten Male zusammentrat, ereignete sich der seltene Fall, daß die Redner aller Parteien das Vorgehen der Regierung scharf mißbilligten, weil diese für die Vorarbeiten für den Bau einer Eisenbahn von Windhuk nach Rehoboty (Südwestafrika) nicht die erforderliche nachträgliche Bewilligung vom Reichstage (Indemnität) gefordert hatte. Auf eine Anfrage über die gegenwärtige Lage in Südwestafrika erklärte Kolonialdirektor Dr. Stübel, andere als die durch die Presse veröffentlichten Nachrichten lägen nicht vor. Die geschlossenen Formationen der Hereros existieren nicht mehr, die zerstreuten Scharen seien jetzt aufzuheben. Vom südlichen Kriegsschauplatz sei Neues nicht bekannt. Es werde demnächst ein konzentrisches Vorgehen der dortigen drei Kolonnen stattfinden. — Auch diese mangelhafte Auskunft wurde scharf gerügt und das Erscheinen des Reichskanzlers in der Kommission verlangt. Schließlich beantragte der Abg. Webel, von der weiteren Behandlung der beiden Nachtragssetats bis auf weiteres abzusehen.

\* Die nationalliberale Fraktion des Reichstages nimmt entschiedene Stellung gegen die Vorlage der Regierung, betreffend die Kolonialbahnen. Sie wird nicht eher ihre Stellung ändern, als bis der Reichskanzler die für notwendig gehaltene Indemnität nachgesucht hat.

Zur Zeit finden kommissarische Beratungen der beteiligten Reichsämtler und preussischen Ministerien über den Entwurf der Anerkennung der Verfassung eine statt.

\* Generalleutnant Graf Moltke, Kommandeur der 20. Division in Hannover, ist gestorben. Er war ein Neffe des Generalfeldmarschalls. — Der „Kurzer Pögnanski“, das in Posen erscheinende polnische Organ des Erzbischofs von Posen, teilt mit, daß er mit dem 1. April sein Erscheinen einstellt. Es hätten sich nicht die geeigneten Personen gefunden, um dieses Blatt, welches eine 34jährige Tätigkeit im Dienste der Kirche und der polnischen Gesellschaft hinter sich hätte, durch Aufbringung von Opfern weiter zu führen.

\* Je 14000 Mt. Repräsentationszulagen werden im neuen preussischen Staatshaushaltetat für die Minister der Justiz, des Unterrichts, der Finanzen, des Innern, der Landwirtschaft, des Handels und der öffentlichen Arbeiten gefordert.

\* Die Verhandlungen über eine deutsche Eisenbahn-Betriebsmittel-Gemeinschaft, welche bekanntlich am 9. Jan. in Berlin begonnen haben, sind am Mittwoch vorläufig beendet worden. Ein endgültiger Abschluß ist zurzeit nicht erfolgt, da es sich vorerst um einen unverbindlichen Meinungsaustausch zwischen den beteiligten Regierungen handelt. Mit Vorberatung der zahlreichen, äußerst schwierigen Einzelfragen wurde ein Unterausschuß betraut, in dem sämtliche deutsche Staatseisenbahn-Verwaltungen vertreten sein werden.

### Rußland.

\* Petersburg, 13. Jan. Der Ministerat beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Presseform. Es handelt sich darum, die Mahnungen an die Presse abzuschaffen, das Verbot des Einzelverkaufs aufzuheben, sowie die Einstellung ihres Erscheinens nach wiederholten Mahnungen. Als einzige Maßregel gegen die Zeitungen soll Geldstrafe beibehalten werden.

\* Die kaiserliche Familie wird den Winter im Schlosse zu Jarstkoje Selo verbringen. Alle Ballfestlichkeiten und großen Empfänge sind abgesagt.

\* Der Minister des Innern Fürst Mierstky wird auf dringenden Wunsch des Zaren vorläufig auf seinen Posten verbleiben. Sollte der Posten neu besetzt werden, so dürfte der frühere Mitarbeiter Plehwe Durnowo zum Minister ernannt werden.

### Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Die Streikbewegung ist bereits allgemein. Die sozialdemokratische Revierpresse ruft die Massen zum Lohnkampfe auf. Dant